

A n h a n g
A n n e x e s

1 - 7

zu den Stadtratsprotokollen Nrn. 4 + 5

vom 17./18. April 2024

aux procès-verbaux n^{os} 4 + 5

des 17 et 18 avril 2024



Beantwortung

des dringlichen überparteilichen Postulates 20240025, Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Sutter Andreas, FDP, Bord Pascal, PRR, Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis, Briechle Dennis, GLP, Heiniger Peter, PdA, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «TeleBilingue muss bleiben»

Das dringliche Postulat fordert den Gemeinderat auf, zusammen mit den kantonalen Behörden TeleBilingue im Rahmen der Beschwerde ans Verwaltungsgericht mit der «bestmöglichen rechtlichen Beratung» zu unterstützen.

Der Gemeinderat hat sich im Rahmen der Vernehmlassung zu den Bewerbungen um eine Veranstalterkonzession im Sommer 2023 klar und unmissverständlich positioniert, indem er zu Händen des federführenden UVEK unterstrich, dass bezüglich der Vergabe der TV-Konzession die bislang erfolgreich praktizierte Zweisprachigkeit auch inskünftig zum Tragen kommen soll (d.h. 1 Kanal deutsch/französisch mit identischem Inhalt). Es sei entscheidend, dass der aktuelle Anbieter die politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Versorgungsgebiet kennt und damit auch den Umgang bezüglich Zweisprachigkeit in seinen vielfältigen und anspruchsvollen Facetten, die weit über das Sprachliche hinausgehen, beherrscht. Erhielte TeleBilingue, so die Überzeugung des Gemeinderates, erneut die Konzession, könnten weiterhin die Synergien im zweisprachigen Medienzentrum in Biel genutzt werden und der Austausch der in der Region gut verankerten Akteure aller Medien (Zeitungen, Radio, Fernsehen, deutsch und französisch) gefördert werden. Diese Stossrichtung hat der Gemeinderat konsequent vertreten, und der Stadtpräsident hat im Rahmen seiner Auftritte die staatspolitische Bedeutung der Vorlage stets betont.

Der Gemeinderat kann im Hinblick auf eine (mögliche) Beschwerde an das Verwaltungsgericht jedoch keine rechtliche Beratung eines privaten Anbieters vorsehen, hierzu fehlen die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen. Hingegen kann die Stadt aufgrund ihrer konkreten und langjährigen Erfahrungen sowie ihrer unmittelbaren Betroffenheit gegenüber der Mediengruppe Gassmann Einschätzungen betreffend die Beurteilung der Kriterien zur Zweisprachigkeit durch das UVEK abgeben. Weiter sieht der Gemeinderat seine Aufgabe darin, sich auch weiterhin politisch für eine sachgerechte Medienlandschaft in der Region einzusetzen. Er ist überzeugt, dass die Mediengruppe Gassmann den Rechtsweg auch ohne städtische Unterstützung auf einer professionellen und sachkundigen Grundlage beschreiten wird.

Der Gemeinderat beantragt daher dem Stadtrat, das dringliche überparteiliche Postulat 20240025 erheblich zu erklären.

Stadtpräsident
Biel, 28. Februar 2024

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:

Barbara Labbé

Beilage:

· Dringliches überparteiliches Postulat 20240025

Dringliches überparteiliches Postulat
TeleBilingue muss bleiben

20240025

TeleBilingue leistet seit 1999 mit seiner zweisprachigen Berichterstattung in der Region Biel/Bienne -Seeland einen enormen Beitrag zur Überschreitung der Sprachgrenzen. Als Teil der Bieler Mediengruppe Gassmann, ist TeleBilingue in der Region Biel/Bienne-Seeland verankert.

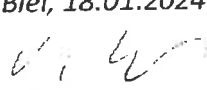
Der Bundesratsentscheid aufgrund des BAKOM Antrags, TeleBilingue die Konzession zugunsten von Canal Alpha zu entziehen, ist das Resultat eines vom BAKOM gewählten Verfahrens. TeleBilingue hat 25 Jahre Erfahrung vorzuweisen. Das Konzessionsgesuch wurde auf der realistischen Grundlage dieser langjährigen Erfahrung gestellt, was aber offenbar bei der Beurteilung nicht berücksichtigt wurde. Der Bund hat bei seinem Entscheid einmal mehr keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Region genommen (wie auch schon beim SBB-Fahrplan).

Canal Alpha wird die Region Biel/Bienne-Seeland nach Sprachen getrennt informieren. Es ist zu befürchten, dass die lokale, zweisprachige Berichterstattung stark unter diesem Entscheid leidet.

Die Stadt Biel muss ihre Politische Verantwortung wahrnehmen und sich entschieden für den Verbleib von TeleBilingue einsetzen.


Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, zusammen mit den kantonalen Behörden, Telebilingue im Rahmen der Beschwerde ans Verwaltungsgericht, mit der bestmöglichen rechtlichen Beratung zu unterstützen.


Biel, 18.01.2024


Salome Strobel
Fraktion SP JUSO


Joseline Stolz
Groupe PSR


Andreas Sutter
FDP


Pascal Bord
PRR


Urs Scheuss
Grünes Bündnis


Dennis Briechle
Grünliberale


Peter Heiniger
PdA


Mohamed Hamdaoui
Le Centre

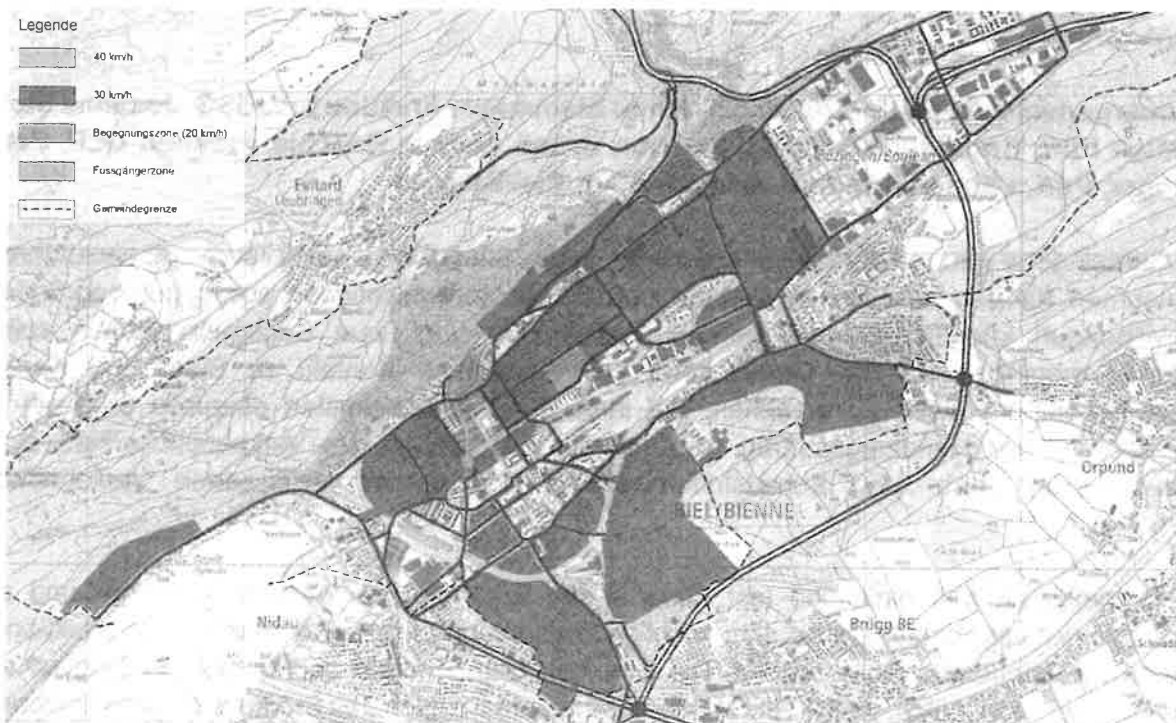
**Beantwortung**

der überparteilichen Motion 20230255, Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO, Joseline Stolz, Fraktion PSR, Christophe Schiess, Fraktion Grüne, Dennis Briechle, Fraktion GLP, Peter Heiniger, PdA, «Generell Tempo 30 in der Stadt Biel/Bienne»

Der Gemeinderat wird mit der Motion beauftragt, in der Stadt Biel generell Tempo 30 einzuführen. Ausnahmen für den öffentlichen Verkehr und Blaulichtorganisationen sowie gut begründete Abweichungen können gestattet werden. Bestehende und neue Begegnungszonen sollen weiterhin möglich sein. Der Gemeinderat soll ausserdem Kontakt zu Bund und Kanton aufzunehmen, um diese zu ersuchen, auf ihren Strassenabschnitten ebenfalls 30 km/h zu signalisieren. Der Handlungsauftrag wird mit einer Erhöhung der Verkehrssicherheit, einer Reduktion der Lärm- und Schadstoffemissionen und einem verbesserten Verkehrsfluss begründet.

Der Gemeinderat hält einleitend fest, dass er die Erhöhung der Verkehrssicherheit und die Reduktion der Lärmbelastung für sehr wichtige Zielsetzungen hält und dass Temporeduktionen dabei eine bedeutende Rolle spielen. Die Direktion Bau, Energie und Umwelt ist Mitglied der Städtekonferenz Mobilität, welche die im Vorstoss zitierte Position des Städteverbandes erarbeitet hat. Die Absicht der Motionärin und der Motionäre, Tempo 30 weiter voranzutreiben, wird vom Gemeinderat ausdrücklich begrüsst.

Der Gemeinderat weist denn auch darauf hin, dass die Stadt Biel in dieser Hinsicht schon sehr viel unternommen hat. Bereits heute gilt in einem Grossteil des Stadtgebietes von Biel Tempo 30 (siehe nachfolgende Graphik). Weitere Abschnitte mit reduzierter Höchstgeschwindigkeit werden laufend geplant und eingeführt. Beispielsweise wurde im Bubenberggquartier kürzlich eine Tempo-30-Zone eingeführt, eine Reduktion der Geschwindigkeit auf 30 km/h auf der Zentralstrasse und dem Blumenrain wurde publiziert und wird demnächst umgesetzt. Der Fokus liegt dabei auf der Verkehrsberuhigung der Wohnquartiere, wie sich dies der Gemeinderat in seinem Legislaturprogramm zum Ziel gesetzt hat.



Bei allen positiven Aspekten, welche die Einführung von Tempo 30 mit sich bringt, hat der Gemeinderat jedoch Bedenken, ob die Einführung einer generellen Geschwindigkeitsgrenze von 30 km/h im gesamten Stadtgebiet eine zielführende Massnahme ist. Um unerwünschte Verlagerungseffekte zu verhindern, verfolgt der Gemeinderat bei der Verkehrsberuhigung ein Vorgehen nach Prioritäten. Mit erster Priorität soll Tempo 30 in den Wohnquartieren weiter umgesetzt werden. Mittelfristig wird eine Ausweitung auf ausgewählte, verkehrsorientierte Strassen angestrebt. Mit den geplanten Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Rahmen der verkehrlich flankierenden Massnahmen zum A5-Ostast, beispielsweise auf der Brühlstrasse oder der Falkenstrasse, ist dies bereits geplant. In langfristiger Perspektive ist für den Gemeinderat auch eine Tempobeschränkung auf 30 km/h auf den Hauptverkehrsachsen eine denkbare Lösung. Er hält aber ein schrittweises Vorgehen für sinnvoll.

Um die Immissionsgrenzwerte der Lärmschutzverordnung einzuhalten, können zeitlich begrenzte Geschwindigkeitsregimes eine zweckmässige Massnahme sein. In der Stadt Lausanne scheint sich Tempo 30 in der Nacht als Lärmschutzmassnahme zu bewähren. Der Gemeinderat verfolgt die Erfahrungen in Lausanne mit grossem Interesse und prüft die Möglichkeiten einer Anwendung dieser Massnahme auch für die Stadt Biel.

Was die angestrebte Bevorzugung für den Öffentlichen Verkehr und der Blaulichtorganisationen betrifft, ist der Gemeinderat bestrebt, dem Öffentlichen Verkehr in der Planung von Strassenprojekten eine hohe Priorität beizumessen. Dem Öffentlichen Verkehr kann mittels separaten Spuren, einer Priorisierung bei Lichtsignalanlagen und der Anordnung von Haltestellen auf der Fahrbahn Vorrang gewährt werden. Speziell für den Öffentlichen Verkehr geltende Geschwindigkeitsregime sind jedoch rechtlich nicht zulässig. Es ist zudem darauf hinzuweisen,

dass es zwischen Geschwindigkeitsbegrenzungen und der Förderung des öffentlichen Verkehrs einen Zielkonflikt geben kann. Insbesondere dort wo separate Spuren nicht realisiert werden können, kann es zu Zeitverlusten kommen, was mit Folgekosten verbunden sein kann. Im Zusammenhang mit konkreten Massnahmen ist eine systematische Abwägung zwischen Nutzen, den unterschiedlichen Ansprüchen der Verkehrsteilnehmenden und zusätzlichen Kosten unabdingbar.

Die Ausnahmen von der Strafbarkeit für die Missachtung von Verkehrsregeln durch Blaulichtorganisationen auf dringlichen oder taktisch notwendigen Dienstfahrten sind in Art. 100 des Strassenverkehrsgesetzes vom 19. Dezember 1958 (SVG; SR 741.01) geregelt. Weitere Ausnahmen sind nicht vorgesehen.

Projekte des Bundes und des Kantons auf Gemeindegebiet werden jeweils in Koordination mit der Stadt Biel geplant. Die Stadt Biel nimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Einfluss auf diese Projekte, um ihrer Strategie auch auf Strassen zum Durchbruch zu verhelfen, welche nicht im Besitz der Stadt Biel liegen.

Der Gemeinderat weist abschliessend darauf hin, dass der vorliegende Vorstoss nicht motionsfähig ist, da Verkehrsmassnahmen in die ausschliessliche Zuständigkeit des Gemeinderats fallen. Der Gemeinderat ist aber bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen, und beantragt dem Stadtrat deshalb, die überparteiliche Motion 20230255 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Biel, 28. Februar 2024

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:

Barbara Labbé

Beilage:

· Überparteiliche Motion 20230255

Generell Tempo 30 in der Stadt Biel/Bienne

Der Gemeinderat wird beauftragt

- Generell Tempo 30 km/h in der Stadt Biel/Bienne einzuführen.
- Der Gemeinderat nimmt Kontakt mit Bund und Kanton auf und ersucht diese, auch ihre Strassenabschnitte, welche sich auf dem Gebiet der Stadt Biel/Bienne befinden, mit 30km/h zu signalisieren.
- Ausnahmen können für den ÖV auf besonderen Spuren bewilligt werden. Wo möglich, soll der ÖV Vorrang geniessen.
- Ebenfalls für die Blaulichtorganisationen sollen Ausnahmen bewilligt werden.
- Einzelne Ausnahmen kann der Gemeinderat, gut begründet, gestatten.
- Bestehende und neue Begegnungszonen (Tempo 20 km/h) sollen immer noch möglich sein.

Begründung:

Der Schweizerische Städteverband befürwortet generell 30 km/h in den Städten. Damit kann die Sicherheit erhöht, der Lärm vermindert, die Luft verbessert, der Verkehrsfluss erhöht und damit zu geringerem Zeitverlust beigetragen werden.

- Siehe auch: Städteverband «Stadtentwicklung und Lärmschutz in den Städte»
- Städtekonferenz Mobilität «Geschwindigkeiten für lebenswerte Städte»
- *«Der Städteverband fordert, dass die Städte Tempo 30 generell rasch, einfach und situativ angepasst auf allen Strassen einführen können, denn es ist die einfachste, kostengünstigste und wirkungsvollste Massnahme, um den Lärmschutz für die Anwohnenden zu verbessern.»*
- Der Städteverband schreibt weiter: *«Eine Tempo-30-Zone hebt jede Hierarchie zwischen den Strassen auf. Es gilt Rechtsvortritt und sie erlaubt die Einrichtung von Fussgängerstreifen nur unter bestimmten Bedingungen (Nähe einer Schule oder eines Altersheims). Sie wird im Geist des Miteinanders so gestaltet, dass sie für den Durchgangsverkehr unattraktiv ist. Eine Tempo-30 Strecke behält ihren übergeordneten Charakter. Sie bleibt gegenüber sekundären Strassen prioritär, erlaubt die Einrichtung von Fussgängerstreifen und muss nicht anders gestaltet werden als eine Strecke mit Höchstgeschwindigkeit 50 km/h. In den angrenzenden Strassen können Anpassungen vorgenommen werden, um der Gefahr des Ausweichverkehrs zu begegnen. Seit dem 1. Januar 2023 darf der Abschnitt einer «verkehrsorientierten Strasse», dessen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt ist, in eine Tempo-30-Zone einbezogen werden»*
- Die Stadt Nidau wird auf ihrem gesamten Gemeindegebiet ebenfalls Tempo 30 oder Tempo 20 realisieren.

Biel/Bienne, den 4. Oktober 2023



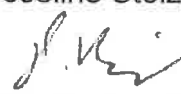
Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO



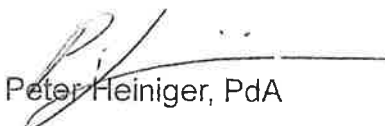
Christophe Schiess, Alliance verte



Joseline Stolz, groupe PSR/JS



Dennis Briechle, Fraktion GLP



Peter Heiniger, PdA

Mohamed Hamdaoui, le centre



Réponse

à la motion 20230256, Moeschler Marie, Groupe PSR, Stolz Joseline, Groupe PSR, Torriani Latscha Isabelle, Groupe PSR, Kilezi Ruth, Groupe PSR, Vlaiculescu-Graf Christiane, Groupe PSR, Boly Kady, Groupe PSR, Koller Levin, Groupe PS/JS, « Place de l'Esplanade : faire de l'îlot de chaleur un espace attractif pour la population ! »

La présente motion charge le Conseil municipal de procéder à des mesures d'aménagement afin de rendre la place de l'Esplanade plus attractive pour la population et de réduire l'effet d'îlot de chaleur lié à cet espace. Concrètement, elle demande d'examiner les mesures suivantes :

1. Verdir la place en y installant des arbres et de la végétation favorisant le rafraîchissement du lieu et apportant de l'ombre, en pleine terre ou en pots ;
2. Ombrager la place au moyen d'auvents ou de voilures, sur le modèle des « îlots d'été » ;
3. S'assurer que les « flaques d'eau » soient réellement remplies d'eau lorsque la place n'est pas utilisée pour des événements particuliers ;
4. Mettre à disposition de la population au plus vite du mobilier urbain stocké par la Ville (chaises, tables, jeux, etc.) ;
5. Ces mesures doivent être conçues de manière modulable, afin que la place continue à pouvoir être utilisée pour des événements publics (marché aux puces, patinoire, etc.).

Le Conseil municipal est conscient qu'il faut, dans le cadre de l'adaptation au changement climatique, prendre des mesures pour protéger la population des effets négatifs de la hausse des températures. Ainsi, par exemple, la Ville a planté 19 arbres supplémentaires sur l'esplanade Laure-Wyss à l'automne 2023 pour augmenter la surface de la cime des arbres et créer ainsi davantage de zones ombragées.

La Ville a conçu l'esplanade du Palais des Congrès comme une place multifonctionnelle afin de répondre aux besoins et aux exigences de l'époque. Cela permet d'y organiser diverses manifestations, comme Paradise. L'esplanade du Palais des Congrès est à Bienne la seule place publique de cette ampleur qui dispose également de l'équipement nécessaire, notamment des raccordements à l'eau et à l'électricité. La conception de la place est cependant de plus en plus en contradiction avec le besoin croissant d'espaces de détente ombragés. Il faut néanmoins tenir compte de la situation particulière de l'esplanade du Palais des Congrès en raison du parking situé juste en dessous. De ce fait, la place ne peut être soumise qu'à une charge limitée, ce qui rend impossible la plantation de grands arbres par exemple. Toutefois, il est déjà prévu de planter des arbres dans le périmètre où la construction d'un bâtiment administratif central devait initialement se faire. Lorsqu'elle envisagera des mesures flexibles permettant de ne pas restreindre l'utilisation de la place pour de grandes manifestations, la Ville devra aussi s'assurer que l'investissement découlant de ces modifications restera supportable du point de vue des ressources humaines et financières.

Le Conseil municipal est toutefois disposé à examiner des mesures qui permettraient, d'une part, de rendre le séjour sur la place plus agréable et, d'autre part, de tenir compte des besoins des manifestations. Vu que des mesures relevant de la compétence exclusive du Conseil municipal sont notamment envisageables, celui-ci propose au Conseil de ville de transformer la motion 20230256 en postulat et de l'adopter en tant que tel.

Bienne, le 28 février 2024

Au nom du Conseil municipal

Le maire :

La chancelière municipale :

Erich Fehr

Barbara Labbé

Annexe :
· motion 20230256



no: _____

Vorstoss Nr. / Interv.

20230256

Termin GR / Délai CM: _____

Direktion / Direction: _____

Mitbericht / Corapport: _____

Motion

Place de l'Esplanade : faire de l'îlot de chaleur un espace attractif pour la population !

Proposition :

Le Conseil municipal est chargé de procéder à des mesures d'aménagement à court terme afin de rendre la place de l'Esplanade plus attractive pour la population biennoise et réduire l'effet d'îlot de chaleur lié à cet espace. Il est en particulier prié d'examiner les mesures suivantes :

1. Verdir la place en y installant des arbres et de la végétation favorisant le rafraîchissement du lieu et apportant de l'ombre, en pleine terre ou en pots ;
2. Ombrager la place au moyen d'auvents ou de voilures, sur le modèle des « îlots d'été » ;
3. S'assurer que les « flaques d'eau » soient réellement remplies d'eau lorsque la place n'est pas utilisée pour des événements particuliers ;
4. Mettre à disposition de la population au plus vite du mobilier urbain stocké par la ville (chaises, tables, jeux, etc.) ;
5. Ces mesures doivent être conçues de manière modulable, afin que la place continue à pouvoir être utilisée pour des événements publics (marché aux puces, patinoire, etc.)

Motivation :

L'Esplanade est un espace public très central, d'une grande valeur à Bienne. Néanmoins, sept ans après son inauguration, force est de constater que son utilisation demeure bien en-dessous des attentes et qu'il fait même souvent l'objet de moqueries du fait de son apparence désertique en été. Au vu de la chaleur, la population le déserte étant donné qu'il s'agit essentiellement d'une énorme place en asphalte vide – exception faite de quelques skateuses et skateurs courageux. En l'état actuel, l'Esplanade constitue l'un des principaux îlots de chaleur de Bienne. Quel gâchis pour un espace public d'une telle taille, situé en plein centre-ville !

Dans ce contexte, le Parti socialiste romand (PSR) est d'avis qu'il est impératif de procéder à des aménagements rapides afin de faire de cette place un vrai lieu de rencontre, plus attractif pour la population, qui donne envie de s'arrêter. Pour ce faire, nous prions le Conseil municipal de mettre en œuvre les 4 mesures mentionnées ci-dessus.

Les mesures 3 et 4 ns sont rien d'autre que remettre en place ce qui avait été vendu à la population lors de la votation pour le crédit, soit les flaques et le mobilier urbain.

De l'avis du PSR, un accent particulier doit être mis aujourd'hui sur la lutte contre l'effet d'îlot de chaleur. Dans une perspective d'étés de plus en plus longs et chauds, la végétalisation a un rôle essentiel à jouer à cet effet. Elle atténue la surchauffe des villes induite par le rayonnement des surfaces goudronnées. L'évaporation produite par les plantes contribue ainsi au rafraîchissement de l'air ambiant. La végétalisation permet également de réguler naturellement le taux de poussières par filtration et contribue ainsi à une meilleure qualité de l'air. Les substrats des végétaux piègent et recyclent les poussières et particules fines polluantes présentes dans l'air et l'eau de pluie. Le PSR est conscient que de nombreux arbres ont été plantés dans le secteur de l'Esplanade. Il faudra néanmoins attendre de nombreuses années avant que ceux-ci n'atteignent une taille suffisante pour jouer un rôle contre la chaleur.

Enfin, afin que l'Esplanade remplisse réellement le rôle de lieu de rencontre qui lui est dévolu, le PSR attend du Conseil municipal qu'il prenne contact avec les lieux et institutions situés autour de la place, dans le but d'encourager les synergies et promouvoir les initiatives innovantes quant à l'utilisation de ce lieu.

Bienne, le 5 octobre 2023

Pour le groupe parlementaire PSR



Marie Moeschler



Joseline Stolz

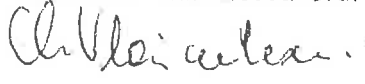


Isabelle Torriani Latscha

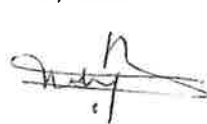


Ruth Kilezi

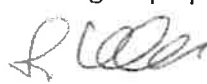
Christiane Vlaiculescu-Graf



Kady Boli



Pour le groupe parlementaire SP



Levin Koller





Beantwortung

des Postulates 20230258, Sprenger Titus, Fraktion Grünes Bündnis, «Kongresshaus: Überprüfung der organisatorischen Grundlagen»

Das Postulat verfolgt das Ziel, die organisatorischen Grundlagen des Kongresshauses im Hinblick auf dessen Sanierung unter Einbezugnahme der CTS SA zu überprüfen.

Bereits das überparteiliche (und hängige) Postulat 20170387, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Strobel Salome, SP, Gugger Reto, BDP, Cadetg Leonhard, FDP, «Kongresshaus: Zuerst Nutzung analysieren/optimieren, dann sanieren» verlangt vom Gemeinderat, die aktuelle Nutzung des Kongresshauses zu analysieren und Alternativen zum Status Quo aufzuzeigen. Erste Resultate dieser Arbeiten werden im Verlaufe des Jahres 2024 analysiert und vertieft. In diesem Kontext wird auch das Anliegen gemäss vorliegendem Postulat zu prüfen sein, um damit auch Fragen zu den zukünftigen organisatorischen Rahmenbedingungen der CTS SA (Rechtsform, Verhältnis zur Stadt u.ä.) zu klären.

Der Gemeinderat beantragt daher dem Stadtrat, das Postulat 20230258 erheblich zu erklären.

Biel, 21. Februar 2024

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:

Barbara Labbé

Beilage:
· Postulat 20230258

Kongresshaus: Überprüfung der organisatorischen Grundlagen

Fürs Kongresshaus besteht ein grosser Sanierungsbedarf. In diesem Zusammenhang waren Vertretende lokaler Vereine, Institutionen und Fachleute eingeladen, an Workshops zum zukünftigen Nutzungskonzept teilzunehmen.

Die Ergebnisse dieser Workshops sind nicht explizit Thema dieses Vorstosses. Dennoch: Würden einige der dabei geäusserten Ideen umgesetzt werden wollen, dürfte die Organisation für Betrieb und Unterhalt dieser Nutzungen sicher nicht mehr mit der Vereinbarung der heutigen Betreiberin übereinstimmen.

Demgegenüber gibt die bestehende Infrastruktur gewisse Nutzungen vor, die schier unveränderlich erscheinen oder nur mit viel Aufwand anderweitig genutzt werden könnten (z. B. Schwimmbecken, Konzertsaal), währenddem andere Räume mehr Spielraum zulassen (Hochhaus, Untergeschoss).

Schliesslich werden immer wieder auch Stimmen laut, welche unzufrieden sind mit der Art und Weise, wie die heutige Betreiberin ihre Räumlichkeiten anbietet und betreibt. Dabei geht es nicht nur ums Kongresshaus, sondern auch um die anderen von der CTS Congrès, Tourisme et Sport SA («CTS») betreuten Objekte. Der Sanierungsbedarf bezüglich Kongresshaus, der vermutlich ohnehin zu einer Anpassung der bisherigen Vereinbarung mit der CTS führen könnte, soll darum zum Anlass genommen werden, die bisherigen organisatorischen Grundlagen kritisch zu überprüfen.

Mit diesem Postulat wird deshalb der Gemeinderat gebeten, die erwähnte organisatorische Prüfung einzuleiten. Um auch eine unbefangene Prüfung sicherzustellen, erscheint eine Ausführung durch eine externe Stelle angemessen.

Das Ergebnis dieser Prüfung in Form eines Berichts soll unter anderem aufzeigen

- wo die Stärken und Schwächen der heutigen Organisation liegen (aus interner Sicht seitens Mitarbeitender wie auch aus externer Sicht seitens Nutzenden/Mietenden)
- wo die absehbaren organisatorischen Herausforderungen für die weitere Zukunft liegen
- welche Nutzungen von öffentlichem Interesse sind oder sein können (z. B. Schwimmunterricht), wie von der öffentlichen Hand und von welchem Organ (Gemeinden, Kanton, Bund) unterstützt werden sollen
- welche Organisationsformen in Frage kommen, um die Nutzungen von öffentlichem und nicht-öffentlichem Interesse sicherstellen und Transparenz über die finanziellen Aufwendungen zwischen den beiden Kategorien haben zu können.
- wer bei welcher Organisationsform welche Aufgaben übernehmen könnte

Biel/Bienne, 04.10.2023



Titus Sprenger
Fraktion Grünes Bündnis



Beantwortung

des Postulates 20230257, Levin Koller, Fraktion SP/JUSO, «Einbezug der Nachhaltigkeit beim Bauen in Architekturwettbewerben»

Der Autor des Postulates beauftragt den Gemeinderat zu prüfen, inwiefern die Aspekte der Kreislaufwirtschaft in die Beurteilungskriterien bei Architekturwettbewerben aufgenommen werden können. Dazu kann der Gemeinderat wie folgt Stellung nehmen:

Die Kreislaufwirtschaft hat für die Schweiz aufgrund ihres geringen Ressourcenvorkommens eine besonders grosse Bedeutung. Die 2021 durchgeführte Studie der Berner Fachhochschule BFH Wirtschaft in Zusammenarbeit mit der ETH Zürich und der Konjunkturforschungsstelle KOF hat jedoch aufgezeigt, dass sich der Transformationsprozess auf Unternehmensebene erst in den Anfängen befindet. Einzig die bereits in gewissen Branchen eintretende Verknappung der Ressourcen und die damit einhergehende Kostenwahrheit für Rohstoffe wird die Entwicklung zur Kreislaufwirtschaft vorantreiben können. Als eines der innovativsten Länder hat die Schweiz guten Chancen, die Transformation zu beschleunigen. Die öffentliche Hand hat als gewichtige Auftraggeberin eine Vorbildfunktion wahrzunehmen und entsprechende Leuchtturmprojekte zu initiieren oder zu fördern. Die Städte Zürich und Basel sensibilisierten mit ersten Architekturwettbewerben mit grösseren Pilotprojekten zur Kreislaufwirtschaft und nutzten dabei die Gelegenheit von anstehenden Bauprojekten und aktuellen, passend anfallenden Gebäuderückbauten.

Als Vorreiterprojekt hat das Amt für Hochbauten der Stadt Zürich 2023 in einem Projektwettbewerb zum Neubau eines Recyclingzentrums im Quartier Altstetten ein Pilotprojekt zur Wiederverwendung von Bauteilen integriert. So soll nicht nur der Betrieb des Recyclinghofes Wertstoffe im Kreislauf halten, sondern das Gebäude selbst soll in möglichst grossen Teilen aus wiederverwendeten Bauteilen bestehen. Die Stadt gab den Wettbewerbsteilnehmenden dazu einen Katalog konkret zur Verfügung stehender Bauteile ab. Unter anderem konnte auf die Konstruktionsteile aus dem Rückbau einer Halle des Recyclinghofes Hagenholz zurückgegriffen werden. 38 Teams bewarben sich und bezeugten damit ein grosses Interesse der Architektinnen, Architekten und Fachplanenden zum Thema der Kreislaufwirtschaft.

Der Kanton Basel-Stadt startete ebenfalls im Jahr 2023 eine Ausschreibung im Sinne eines Forschungsprojektes mit einem Projektwettbewerb zum Neubau eines Mehrfamilienhauses unter Wiederverwendung von Bauelementen. Die Teilnehmenden erhielten auch da einen Katalog von zur Verfügung stehenden Bauteilen, darunter die Stützen- und Rippendeckenelemente aus dem Rückbau des Lysbüchelparkhauses. Der Kanton stellte den Teilnehmenden zudem ein Tool zur Ökobilanzierung zur Verfügung, mit dem die Projekte von den Planenden optimiert und von der Jury beurteilt werden konnten. Inzwischen wurde das Tool weiterentwickelt und steht allen Planenden zur Verfügung. Mit 46 Projektbeiträgen war auch hier das Interesse an der neuen Thematik gross. In den meisten Entwürfen wurde «re-use» auch zum Gestaltungsmittel. Die Jury würdigte die demonstrativ vorgetragene Wiederverwendung aber teilweise gar als «Bricolage», was wohl dem Charakter eines Pionierprojektes entspricht.

Die oben aufgeführten Verfahren zeigen, dass die Umsetzung von «re-use» einerseits noch weitgehend Neuland ist, andererseits seitens der Planenden aber grosses Interesse dafür besteht. Die geschilderten ersten Erfahrungen zeigen auch die Themen, die auf uns zukommen werden. Der klassische Entwurfsprozess wird umgedreht, da die Projekte wesentlich von den verfügbaren Elementen beeinflusst werden. Bereits in der Projektierungsphase müssen allenfalls wiederverwendbare Bauteile gesichert bzw. ausfindig gemacht und eventuell aufbereitet werden, was natürlich entsprechende Kosten verursacht. Der Mehraufwand der Planenden wird zudem von der Stadt Zürich, analog einem gängigen Umbauschlag, auf 20 % geschätzt. Im Weiteren bestehen Unsicherheiten bezüglich der Erfüllbarkeit geltender Normen und Zertifikate oder der rechtlichen Anforderungen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens. Bevor flächendeckend im Sinne der Kreislaufwirtschaft geplant und gebaut werden kann, müssen diese Fragen von der Branche gelöst werden.

Zurzeit wächst das Bewusstsein rund um die Kreislaufwirtschaft, aber auch für andere Themen wie das Netto-Null-Ziel für den CO₂-Ausstoss. Ressourcensparen fängt mit Suffizienz und dem Hinterfragen unserer effektiven Bedürfnisse an. Stichworte sind im Bausektor z.B. Mehrfachnutzungen und höhere Personenbelegungen oder Komfort- und Sicherheitsansprüche. Ausserdem ist der Umgang mit bestehender Substanz zu thematisieren. Eine gute Bilanz zeigen Lösungen bei denen möglichst grosse Teile der Substanz erhalten werden können, sei dies in Umnutzungen oder geschickt optimierten Umbauten.

Auch in der Stadt Biel findet ein Umdenken statt. Bei der Ausschreibung des Studienauftrages zur Sanierung der Kita Mett war der Aspekt der Energie und Umwelt einer von drei hauptsächlichen Beurteilungskriterien (neben Funktionalität und Kosten). Die Bewertung erfolgte durch ein spezialisiertes Mitglied der Fachjury. Bewertet wurde unter anderem auch die Aspekte der Weiterverwendung und von «re-use». Den Zuschlag erhalten hat das Projekt mit den am wenigsten tiefgreifenden Massnahmen. Durch die geschickten Eingriffe können dennoch die besten Betriebsbedingungen geschaffen werden. Das Projekt hat den geringsten Aufwand an grauer Energie und ist auch das kostengünstigste.

An der Mattenstrasse 90 wurde ein ehemaliges Industriegebäude mit teils unkonventionellen Lösungen in eine Schule umgebaut. Die Weiterverwendung aller bestehenden Bauteile des alten Gebäudes und der minimalistische Ausbau, bei dem auch Bauteile aus anderen Beständen eingesetzt wurden, steht bezüglich grauer Energie sehr gut da.

In Hinblick auf die kommende Sanierung oder den Ersatzbau der Schule Platanes werden zurzeit Analysen und Machbarkeitsstudien gemacht, mit dem Ziel, möglichst grosse Teile des Bestandes in eine neue Zukunft zu überführen. Trotz schlechtem Zustand werden Möglichkeiten gesucht, die bestehende Betonstruktur zu erhalten und in einem Um- oder Neubau zu integrieren.

Die Stadt Biel arbeitet auch mit der Bauteilebörse Syphon AG zusammen. Beispielsweise wurden die jüngst durch den Einbau von Lukarnen in der Schule Dufour freiwerdenden Ziegel der Syphon AG übergeben. Gleichzeitig werden fallweise wiederverwendbare Bauteile bei Bauprojekten der

Stadt von der Syphon AG bezogen. Zudem ist die Direktion Bau, Energie und Umwelt mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren aus der Branche zu diesem Thema in Kontakt.

Erwähnt sei an dieser Stelle auch noch das Johanniterkloster aus dem 15. Jahrhundert, das im Jahr 1745 abgebrochen und am gleichen Standort der heutigen Schule Dufour als zweigeschossiger Spitalbau wiederaufgebaut wurde. Die im Rahmen der Gesamtsanierung durchgeführten archäologischen Untersuchungen ergaben, dass die Mauerwerkssteine, Natursteingewände und Holztragbalken wiederverwendet wurden. «re-use» war damals eine Selbstverständlichkeit.

Die Stadt Biel folgt zusammenfassend bei ihren Bauvorhaben und Wettbewerbsausschreibungen den Entwicklungen bezüglich den Themen der Kreislaufwirtschaft und bindet die Kriterien im Rahmen des aktuellen Entwicklungsstandes und der derzeitigen Möglichkeiten ein.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20230257 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 21.02.2024

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:

Barbara Labbé

Beilage:
· Postulat 20230257

Postulat

20230257

Einbezug der Nachhaltigkeit beim Bauen in Architekturwettbewerbe

Der Gemeinderat ergänzt die Beurteilungskriterien bei Architekturwettbewerben mit dem Modell der Model der Kreislaufwirtschaft.

Begründung:

Energetische Anforderungen, Klima und Biodiversität und autofreie Zonen fliessen bereits heute in die Architekturwettbewerbe der Stadt ein. Dem enormen Ressourcenverbrauch beim Bau, wird aber noch kein Gewicht beigemessen.

Auf der Website des Bundesrates ist nachzulesen:

In der Schweiz fallen jährlich über 17 Millionen Tonnen Abfälle aus dem Um- und Rückbau von Bauwerken an. Heute wird nur ein winziger Teil der noch brauchbaren Bauteile in anderen Objekten wieder eingebaut. Um die Verluste von grauer Energie und Rohstoffen zu reduzieren, muss die Wiederverwendung im Bauprozess konsolidiert und verstärkt werden.

Nebst der Wiederverwendung der noch brauchbaren Objekte ist aber auch der Erhalt von bestehender, noch verwendbarer Gebäude eine Möglichkeit, Ressourcen zu schonen.

Diese Wiederverwendung findet sich im Model der Kreislaufwirtschaft. Bestehende Materialien und Produkte werden so lange wie möglich genutzt, wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und rezykliert wie möglich. Das bedeutet, dass auch beim Bau neuer Gebäude einerseits bestehende Bauten soweit möglich in Neubauten integriert werden oder beim Neubau recyceltes oder wiederverwendbares Material eingesetzt wird.

Biel, 4.10.2023

Fraktion SP JUSO

Salome Strobel

Julian

A

A

In



Réponse

à l'interpellation interpartis 20230260, Schiess Christophe, Groupe Alliance Verte, Stolz Joseline, Groupe PSR, Koller Levin, Groupe PS/JS, Briechle Dennis, Groupe PVL+, « Regrouper sous un toit les objectifs et tâches liés à la mobilité ? »

Les intervenants demandent pourquoi le domaine de la mobilité est réparti entre deux directions (Mairie et Direction des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement), quels sont les avantages et les inconvénients qui en résultent et s'il ne serait pas plus judicieux de confier l'ensemble des tâches à une seule direction.

Le Conseil municipal prend position comme suit :

1. Quelles sont les raisons de cette séparation de tâches et d'objectifs dans deux directions?

Les compétences de planification stratégique et de planification opérationnelle ne sont pas les mêmes, d'où la différenciation des tâches et des objectifs. La planification de la mobilité à la fois au sein de l'Urbanisme et des Infrastructures s'explique par les interfaces naturelles du domaine de la mobilité avec ces deux départements. Il convient en outre de rappeler que la refonte structurelle effective au 1^{er} janvier 2013 visait explicitement à donner aux cinq directions municipales une force politique à peu près égale. Cela a notamment conduit à déplacer le Département de l'urbanisme de l'ancienne Direction des travaux publics à la Mairie. Le Conseil de ville avait à l'époque approuvé cette structure en connaissance des recouvrements qui en résulteraient.

2. Quels sont les avantages et inconvénients d'une telle organisation (d'un point de vue technique et d'un point de vue politique) ?

L'appartenance du Secteur de la mobilité et du Secteur de la circulation à deux Départements distincts permet un échange de proximité privilégié avec les services dont les besoins en coordination sont les plus importants. Le Secteur de la mobilité est directement lié au Service de la planification et de l'espace urbain et au Service des permis de construire et contrôles. Le Secteur de la circulation est directement lié au Service du génie civil et de la circulation, au Service Cadastre et SIG, au Service des espaces verts et cimetières et à l'Inspection de la voirie. Cette coordination de proximité offre ainsi une efficacité dans le traitement des projets pluridisciplinaires.

La durée du processus décisionnel, plus longue, peut constituer un inconvénient. Dans une situation dysfonctionnelle, une telle constellation pourrait aller jusqu'au blocage, ce que la Ville de Bienne n'a toutefois jamais connu, bien au contraire : la collaboration interdirectionnelle a plutôt fait ses preuves et suit des processus clairement définis. De surcroît, une fusion présenterait aussi plusieurs désavantages, notamment par rapport aux besoins de coordination accrus avec les services des deux départements concernés.

3. Pour des raisons d'efficacité (répondre de manière forte, ciblée et rapide aux défis actuels en la matière) ainsi que pour des raisons d'efficience (meilleure utilisation de ressources limitées), ne serait-ce pas plus judicieux de regrouper ces tâches dans un seul département ?

D'une manière générale, on peut dire que différentes solutions sont envisageables pour le bon fonctionnement d'une autorité, tant au niveau politique qu'au niveau technique.

L'important est que l'équilibre politique entre les directions soit globalement respecté (selon la devise : il n'y a pas de directions « insignifiantes », chacune a la même valeur politique et technique) et que les compétences techniques répondent aux exigences d'efficacité et d'efficacité qu'imposent l'intérêt de la population.

Le fonctionnement actuel de la planification de la mobilité est très efficace. Le groupe Mobilité est l'équipe interdépartementale (Urbanisme – Infrastructures) de compétences en mobilité, composée des collaboratrices et collaborateurs spécialisés dans les questions liées à la mobilité et à la circulation. Il poursuit des objectifs communs et mène les réflexions de manière transversales grâce à une coordination optimale. À cet effet, l'équipe se réunit régulièrement, pour une coordination technique hebdomadaire et une coordination mensuelle avec les responsables de département. Par cette démarche transversale et proactive, le groupe Mobilité défend les intérêts de la Ville de Bienne en matière de mobilité et de circulation par une action commune.

Les informations et communications publiques sont parfaitement harmonisées. La clientèle et les personnes qui consultent le site internet ne remarquent pas au premier abord la séparation des tâches sur deux départements. Le site internet www.biel-bienne.ch/mobilite regroupe toutes les actions de la mobilité sous une seule vitrine.

Finalement, les projets avancent et sont mis en œuvre au rythme des ressources disponibles au sein de l'Urbanisme et des Infrastructures. La réalisation concrète des projets dépend des ressources disponibles au Service du génie civil. Le processus jusqu'à l'aboutissement des projets est généralement complexe et nécessite de nombreuses étapes sur plusieurs années.

Du point de vue du Conseil municipal, la solution actuelle a donc fait ses preuves et ne nécessite aucune adaptation. Ces dernières n'auraient de toute manière un sens que dans le contexte d'une réforme administrative plus importante.

Bienne, le 21 février 2024

Au nom du Conseil municipal

Le maire :

La chancelière municipale :

Erich Fehr

Barbara Labbé

Annexe :

· interpellation interpartis 20230260

(sera rempli par la CHM)

Vorstoss Nr. / Interv. no:

20230260

Termin GR / Délai CM:

Direktion / Direction:

Mitbericht / Corapport:

Interpellation interpartis

Regrouper sous un toit les objectifs et tâches liés à la mobilité?

En fait

Qui s'occupe de la mobilité à la Ville de Bienne?

Le "Règlement des principes d'organisation de l'Administration municipale biennoise et des commissions permanentes élues par le Conseil de ville" (Règlement d'organisation) nous indique que la Mairie "forme la direction responsable des affaires concernant la mobilité de la population. Elle exécute les tâches stratégiques importantes en matière de circulation."

La Direction des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement, quant à elle, "est responsable de l'étude, de la construction et de l'entretien des projets municipaux dans les domaines des constructions et du génie civil" (notamment de la construction et de l'entretien des routes). Par ailleurs, elle veille "à la planification des signalisations et marquages routiers durables".

Le site internet de la Ville donne des indications supplémentaires sur les objectifs et les tâches des diverses entités concernées (Mairie --> Département de l'urbanisme --> Secteur de la mobilité // Direction TEE --> Département des infrastructures --> Service du génie civil et de la circulation ainsi que Secteur de la circulation).

Questions


1. Quelles sont les raisons de cette séparation de tâches et d'objectifs dans deux directions?
2. Quelles sont les avantages et inconvénients d'une telle organisation? (d'un point de vue technique et d'un point de vue politique)
3. Pour des raisons d'efficacité (répondre de manière forte, ciblée et rapide aux défis actuels en la matière) ainsi que pour des raisons d'efficience (meilleure utilisation de ressources limitées), ne serait-ce pas plus judicieux de regrouper ces tâches dans un seul département?

Motivations

Nous sommes conscients que c'est le Conseil de ville qui édicte le Règlement d'organisation. Une appréciation du Conseil municipal – vu son expertise – nous paraît toutefois sensée.

En matière de mobilité urbaine et de transformation de l'espace public, les plus grands défis se posent aujourd'hui. Il nous semble qu'un regroupement des objectifs et des tâches liés à la mobilité dans une seule direction permettrait de mieux et plus rapidement répondre à ces défis (cf par exemple la ville de Bâle, où le *Bau- und Verkehrsdepartement* regroupe stratégie, planification, réalisation, monitoring etc.).

Bienne, le 4 octobre 2023



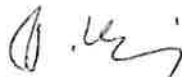
Christophe Schiess
pour le groupe Alliance verte



Levin Koller
pour le groupe SP/Juso



Joseline Stolz
pour le groupe PSR



Dennis Briechle
GLP+



Réponse

à l'interpellation 20230289, Bord Pascal, PRR, « Plus de francophones parmi les directions des entreprises municipales ? Le Conseil municipal a-t-il progressé sur le dossier ? »

L'intervenant pose quatre questions sur la représentation des francophones dans les entreprises municipales, en lien avec une interpellation de même teneur (20180419) à laquelle le Conseil municipal a répondu lors de la séance du Conseil de ville du 20 mars 2019.

Il convient de noter au préalable que lors de nouvelles nominations, notamment à des postes de cadres, une grande importance est accordée aux aspects du sexe et de la langue principale. À qualifications égales, la préférence est donnée à l'un ou l'autre aspect selon le contexte initial et la composition de l'équipe. Compte tenu de ces éléments, le Conseil municipal répond comme suit :

1. Le Conseil municipal a-t-il effectivement pris des mesures et lesquelles ?
Le Conseil municipal observe la situation en permanence et n'a pas encore pris de mesures de nature réglementaire.
2. Quels sont les chiffres actuels ?
Au total, les entreprises ESB, CTS S.A., TPB et Parking Bienne S.A. comptent 22 administrateurs et administratrices (ESB : 7, CTS S.A. : 6, TPB : 5, Parking Bienne S.A. : 4), dont 3 francophones, soit une part de 13 %. Par rapport au dernier relevé de 2019 (interpellation 20180419), on compte donc 1 personne francophone de plus au niveau du conseil d'administration. Au niveau des directions, 3 personnes sont francophones (2 de plus qu'en 2019).
3. Le Conseil municipal considère-t-il le résultat comme satisfaisant ?
Le Conseil municipal estime que la situation, dont les causes sont multiples, reste insatisfaisante, mais que l'on peut néanmoins parler d'une amélioration dans la tendance.
4. Va-t-il prendre des mesures supplémentaires ?
Il convient d'examiner plus avant dans quelle mesure un rapport linguistique équilibré au sein des organes de conduite des entreprises municipales et apparentées pourrait être assuré (p. ex. par voie de directive). Ce faisant, il faudra déterminer le champ des contraintes liées à une représentation équilibrée des langues et des sexes, aussi à la lumière de la pénurie croissante de personnel qualifié. Cette dernière pourrait bien empêcher la réalisation simultanée des objectifs souhaités. De plus, le Conseil municipal s'interroge également quant à savoir si la parité linguistique et des sexes visée doit s'appliquer « uniquement » aux entreprises municipales ou si cela doit aussi concerner des organisations sociales et culturelles subventionnées par la Ville. Des clarifications supplémentaires sont nécessaires pour déterminer si ce dernier point peut faire l'objet d'une réglementation par voie de directive.

Bienne, le 21 février 2024

Au nom du Conseil municipal

Le maire :

La chancelière municipale :

Erich Fehr

Barbara Labbé

Annexe :

- interpellation 20230289

20230289

Interpellation

Plus de francophones parmi les directions des entreprises municipales ? Le Conseil Municipal a-t-il progressé sur le dossier ?

A l'interpellation interpartis 20180419 « les postes de direction des entreprises municipales sont-ils réservés aux germanophone » le Conseil Municipal informe le Conseil de Ville en date du 20.03.2019 que seuls 9% des membres des conseils d'administration et 6% des directions étaient francophones.

En 2019, le Conseil Municipal trouvait cette situation insatisfaisante et prévoyait de prendre des mesures.

En novembre 2023, qu'elle est le taux de francophones et quelle est l'évolution de la situation au sein des entreprises municipales :

- a. Le Conseil Municipal a-t-il effectivement pris des mesures et lesquelles ?
- b. Quels sont les chiffres actuels ?
- c. Le Conseil Municipal considère-t-il le résultat comme satisfaisant ?
- d. Va-il prendre des mesures supplémentaires ?

Une représentation équitable de ces derniers parmi les cadres de ces entreprises du secteur publique paraît une évidence.

Parti Radical Romand

Pascal Bord

16.11.2023

